

Pothmer gegen neue Hürden für Windkraft

Grünen-Politikerin bangt um Ausbau in der Region

VON TAREK ABU AJAMIEH

KREIS HILDESHEIM. In einigen Gemeinden im Landkreis wehren sich Bürger derzeit gegen neue oder höhere Windräder – etwa rund um Sibbesse oder in Neuhof bei Lamspringe. Anderorts scheint die Bevölkerung neue Projekte hingegen weitgehend zu akzeptieren. Die Hildesheimer Grünen-Bundestagsabgeordnete Brigitte Pothmer warnt unterdessen davor, die Hürden für mehr Windkraft zu erhöhen.

Als „energiepolitisches Deppentum“ hat Pothmer die geplante Öffnungsklausel kritisiert, die es

einzelnen Ländern ermöglichen soll, den Windkraft-Ausbau mit schärferen Abstandsregeln auszubremsen. Ein entsprechender Gesetzentwurf war auf Druck des bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer vom Bundeskabinett beschlossen worden. „Die vom Süden geforderten Kilometerabstände von Windrädern zu Wohngebieten würden auch im Hildesheimer Land alle Chancen auf sicherer, sauberer und bezahlbaren Strom aus er-



Brigitte Pothmer

Foto: Gossmann

neuerbarer Energie zunichte machen“, sagte Pothmer gestern am Rande der Bundestagssitzung in Berlin. Diese Einschätzung teilt auch Walter Busch vom Bürgerwindpark Eime. Die Anwendung der so genannten „Faktor-10-Regelung“, wonach der Abstand zwischen Windrad und Wohngebiet künftig das Zehnfache der Windradhöhe betragen müsste (bei 200 Metern Höhe also zwei Kilometer Abstand), „bedeutete das Aus für alle geplanten Windkraftprojekte im Raum Hildesheim“, sagte er. Von Seiten des Landkreises wird derzeit ein Mindestabstand von 750 Metern angestrebt.

Der von der Bundesregierung vorgelegte Gesetzentwurf zur Änderung des Bundesbaugesetzes stelle die umfangreichen geplanten Investitionen in Windenergie in Frage, obwohl die Windenergie an Land die günstigste Energiequelle überhaupt sei, so Pothmer. Seehofer schüre allein durch die Ankündigung Rechtsunsicherheit und verursache so den Stopp vieler Projekte, dass auch Wirtschaft, Wissenschaft und Kommunen die geplanten Änderungen bei den Mindestabständen einhellig ablehnten.